



Entdramatisierung als kritische Strategie?

Wie der demographische Wandel sozialwissenschaftlich ‚entwirklicht‘ wird

Andreas Stückler

Zitation: Stückler, Andreas (2019): Entdramatisierung als kritische Strategie? Wie der demographische Wandel sozialwissenschaftlich ‚entwirklicht‘ wird, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2019 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

„In der antagonistischen Gesellschaft ist auch das Generationenverhältnis eines von Konkurrenz, hinter dem nackte Gewalt steht. Heute aber beginnt es auf einen Zustand zu regredieren, der zwar keinen Ödipuskomplex mehr kennt, aber den Vaternord. Es gehört zu den Untaten der Nazis, uralte Leute umzubringen. In solchem Klima stellt ein spätes und wissendes Einverständnis mit den Eltern sich her, das von Verurteilten untereinander [...]“ (Theodor W. Adorno)

Zu den großen Problemen und Herausforderungen der Gegenwartsgesellschaft zählt an ganz vorderer Stelle der demographische Wandel. Damit werden tiefgreifende Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft bezeichnet, verursacht durch einen sukzessive zunehmenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung infolge von steigenden Lebenserwartungen bei gleichzeitig sinkenden bzw. seit Jahrzehnten stabil niedrigen Geburtenraten. Laut aktuellen Prognosen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, soll sich der Anteil älterer Menschen (65+) in Europa (EU-28) von 19,5 Prozent im Jahr 2017 auf 29 Prozent im Jahr 2060 erhöhen. Besonders stark zunehmen wird dabei der Anteil der Hochaltrigen, d.h. der 80- und Mehrjährigen. Deren Anteil soll sich im selben Zeitraum von 5,5 Prozent auf rund 12 Prozent mehr als verdoppeln. Diese „Alterung der Gesellschaft“ (Schimany 2003) – in populärwissenschaftlichen und medialen Erzeugnissen oftmals auch als ‚gesellschaftliche Überalterung‘ verhandelt – erscheint in der politischen, wissenschaftlichen und medialen Diskussion überwiegend als zunehmende Bedrohung für historisch gewachsene wohlfahrtsstaatliche Institutionen der Alterssicherung wie auch allgemein als ein existentielles Problem für die Gesellschaft insgesamt.

Problematisiert werden in diesem Zusammenhang vor allem die abzusehenden explodierenden Kosten für das Pensions- wie auch für das Gesundheits- und Pflegesystem sowie ein drohender Verlust produktiven Potenzials durch einen mittelfristig zu befürchtenden Arbeitskräftemangel. Mit dem sogenannten „active ageing“ hat sich seit Anfang des Jahrtausends auf europäischer Ebene mittlerweile ein Konzept als oberste Problemlösungsstrategie durchgesetzt, das vor allem auf den

längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben (späterer Pensionsantritt), aber auch auf eine gesellschaftlich nützliche Aktivität älterer Menschen im Ruhestand abzielt (bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit/Ehrenamt etc.), um so den demographischen Wandel und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen (vgl. kritisch Stückler 2016, 2017). Einschlägige Maßnahmen umfassen auch die Erhaltung von Gesundheit bis ins hohe Alter durch Gesundheitsförderung und Prävention („healthy ageing“), um die mit der ‚gesellschaftlichen Alterung‘ verbundenen bzw. damit assoziierten steigenden Kosten für das Gesundheits- und Pflegesystem langfristig zu minimieren.¹

Gegen diese Diskussion und damit verbundene gesellschaftspolitische Maßnahmen wird von sozialwissenschaftlicher Seite seit vielen Jahren vehement Einspruch eingelegt. Kritisiert wird dabei etwa die Konstruktion des demographischen Wandels als ein durch den steigenden Anteil älterer Menschen verursachtes gesellschaftliches ‚Problem‘, deren Kulmination in oftmals irrationalen Untergangphantasien und Katastrophenszenarien, generell eine problematische Tendenz zur ‚Demographisierung‘ gesellschaftlicher Problemlagen sowie eine in der demographischen Debatte zum Ausdruck kommende Sachzwanglogik, die politische Maßnahmen, wie etwa die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, als alternativlos legitimiere. Viele dieser Einwände sind freilich angesichts der häufig an Hysterie grenzenden demographischen Diskussion mehr als berechtigt. Was sich dabei allerdings bei genauerer Betrachtung aus einer gesellschaftskritischen Perspektive als überaus problematisch erweist, ist ein auffälliger, sich praktisch durch die gesamte sozialwissenschaftliche Kritik an Überalterungsdiskursen ziehender Hang zur Entdramatisierung des demographischen Wandels, der de facto einer Leugnung seines für kapitalistische Gesellschaften in der Tat gegebenen Problemcharakters gleichkommt. Der demographische Altersstrukturwandel ist ja durchaus nicht, wie es die verbreitete sozialwissenschaftliche Kritik mehr oder weniger explizit suggeriert, ein bloßes Hirngespinnst oder zumindest ein von mächtigen politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Akteuren in die Welt gesetztes diskursives Konstrukt, das lediglich dazu dient, den ‚wohlverdienten Ruhestand‘ abzuschaffen und die Alten in die „gesellschaftliche Verwertung zurückzuholen“ (vgl. Amann et al. 2010, S. 47) – wenngleich es zutrifft, dass die daran anschließende politische Aktivierung der Alten praktisch genau darauf hinausläuft. Sondern die gesellschaftliche Problematisierung des demographischen Wandels hat durchaus handfeste materielle Ursachen in der kapitalistischen Struktur der Gesellschaft, insbesondere in der spezifisch kapitalistischen, politisch zu verwaltenden Organisation von Arbeit. Bekanntlich haben entwickelte kapitalistische Gesellschaften Arbeits- und Lebenslaufmodelle ausgebildet, die die Ausgliederung älterer Menschen aus dem Erwerbsprozess vorsehen, sei es aufgrund mangelnder Produktivität und Leistungsfähigkeit, sei es aufgrund höherer Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer, sei es, weil für nachrückende Kohorten Arbeitsplätze geschaffen werden müssen – eine Entwicklung, die seit dem frühen 20. Jahrhundert zur Verallgemeinerung des Ruhestandes und zur Etablierung von allgemeinen Pensionssystemen geführt hat.² Schon allein darin liegt ein erhebliches gesellschaftliches Problempoten-

¹ Siehe hierzu im deutschsprachigen Raum besonders prominent die von der deutschen Bundesregierung in Auftrag gegebenen und von einer wissenschaftlichen Expert/innenkommission verfassten „Altenberichte“, in denen ein „aktives und gesundes Altern“ in den letzten rund zwei Jahrzehnten sukzessive zur zentralen Lösungsstrategie angesichts der anstehenden demographischen Herausforderungen aufgebaut wurde (vgl. BMFSFJ 2001, 2006, 2010).

² Ein bislang, soweit ich sehe, noch nicht systematisch beleuchteter Aspekt der historischen Entstehung von Pensionssystemen ist die Tatsache, dass ältere Menschen im Zuge der Industrialisierung und einer fortschreitenden Mechanisierung der Produktion ab dem späten 19. Jahrhundert für den kapitalistischen Verwertungsprozess schlicht überflüssig geworden sind. Mit der ‚Überflüssigkeit‘ der Alten und einer u.a. darin begründeten

zial begründet. Denn eine Gesellschaft, die eine ganze Bevölkerungsgruppe aufgrund ihres Alters aus ihrem sowohl ökonomischen als auch normativen Zentrum, der Arbeit, ausschließt und diese in weiterer Folge aus der gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Mehrwertmasse erhalten muss, eine solche Gesellschaft hat unweigerlich ein Problem, sobald diese Bevölkerungsgruppe eine kritische Masse erreicht, die die Leistungskapazitäten der zu ihrer Erhaltung geschaffenen Institutionen, insbesondere des Pensionssystems, zunehmend übersteigt – umso mehr, wenn diese Leistungskapazitäten von der Finanzierung durch eine in Relation dazu sukzessive schrumpfende Erwerbsbevölkerung abhängen. Das zu negieren und den damit in der Tat gegebenen systemimmanenten Sachzwangcharakter des demographischen Wandels nicht zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet daher im Grunde nichts anderes, als das Problem gesellschaftlicher Überalterungsdiskurse sowie darauf aufbauender politischer Maßnahmen schon von Grund auf zu verfehlen. Die Alternative zur allgegenwärtigen Dramatisierung des demographischen Wandels kann also nicht einfach umgekehrt in seiner Entdramatisierung, sondern nur in der gesellschaftstheoretisch fundierten, analytischen Vermittlung demographischer Diskurse mit den Form- und Strukturprinzipien kapitalistischer Gesellschaften bestehen. Nur so kann die gesellschaftliche Rolle und Bedeutung solcher Diskursphänomene hinreichend erfasst werden. Oder anders formuliert: Nicht die Sachzwanglogik der politischen Bewältigungsstrategien ist primär zu kritisieren – diese entspricht durchaus dem Wesen des mit dem demographischen Wandel aufgeworfenen Problems. Zu kritisieren wäre vielmehr eine (von den Menschen selbst hervorgebrachte) gesellschaftliche Struktur, die aus sich selbst heraus Sachzwänge dieser Art gebiert, denen sich die Menschen sodann im Interesse der Systemerhaltung unterwerfen müssen.

Gerade diese materiell-strukturellen, kapitalistischen Voraussetzungen demographischer Überalterungsdiskurse bleiben in der überwiegenden sozialwissenschaftlichen Kritik nahezu vollständig ausgeblendet und geradezu dethematisiert. Aus der kritischen Betrachtung verschwindet so die eigentlich zentrale Frage, worauf sich diese Diskurse und die durch sie konstruierten Katastrophenszenarien konkret beziehen, damit aber auch, worin überhaupt deren Schwerkraft und (diskurstheoretisch gesprochen) ‚Diskursmacht‘ begründet liegt, der sie ihren, trotz aller Kritik, bis heute nahezu unangefochtenen hegemonialen Status verdanken. Ein wesentlicher Grund für diese sonderbare Dethematisierung kapitalistischer Form- und Strukturprinzipien in der sozialwissenschaftlichen Kritik an demographischen Diskursen dürfte wohl nicht zuletzt in der dominanten Rolle postmoderner Theorien, allen voran solcher poststrukturalistischer und (de)konstruktivistischer Provenienz, in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung der Gegenwart zu suchen sein. Diese zeichnen sich – bei allen Differenzen, die es ansonsten zwischen einzelnen Ansätzen im Detail gibt – durch eine Betonung der gesellschaftlichen Konstruiertheit gesellschaftlicher Entitäten und der Affirmation von Vielfalt und Heterogenität aus. Ihr Kritikverständnis zielt primär auf die Problematisierung gesellschaftlicher Wissensformationen und davon ausgehender Ontologisierungen, auf strategische Interventionen in hegemoniale Diskurse und die ‚Dekonstruktion‘ kulturell konstruierter und produzierter Kategorien, Gegenstände und Institutionen. Gemeinsam ist allen diesen Theorieansätzen auch die Verabschiedung eines objektiven Wahrheitsbegriffs und die Überzeugung, dass gesellschaftliche Wirklichkeit primär das Produkt sozialer Kämpfe um Deutungsmacht sei. Verbunden mit dem Aufstieg postmoderner Theorieansätze war nicht zuletzt (und nicht zufällig) eine tendenzielle Abkehr

strukturellen Altersfeindlichkeit kapitalistischer Gesellschaften befasst sich mein aktuell laufendes Dissertationsprojekt.

von gesellschaftlich-strukturellen und insbesondere politisch-ökonomischen Fragestellungen. All dies sind theoretische Ansätze, die gerade auch die kritisch-sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel sehr stark prägen.

Bereits 1994, also noch mitten in der Frühphase der akademischen Etablierung postmoderner Theorien, hat Wolf-Dieter Narr eine zunehmende Tendenz zur „Entwirklichung“ in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung diagnostiziert (vgl. Narr 1994). Er bezog sich dabei u.a. auf den seit den 1980er Jahren zunehmend in Mode gekommenen Dekonstruktivismus, der „sich selbst kontextfrei in voluntaristischer Erkenntnisgeste“ (ebd., S. 588) geriere, damit aber auch, so Narr, jeden analytischen Anspruch aufgabe, der die raison d’être der Sozialwissenschaft (zumal einer kritischen) darstelle. Ähnlich formulierte es Moishe Postone in einer Kritik dekonstruktivistischer Theorieansätze:

„Das Kernproblem vieler neuer kritischer Ansätze [...], die Heterogenität affirmieren, besteht darin, daß sie diese quasi-metaphysisch der Realität einschreiben wollen und dabei die Existenz dessen leugnen, was nur historisch abgeschafft werden könnte [nämlich die bestehenden kapitalistischen Strukturen mit ihren immanenten Logiken und Formzwängen, A.S.]. So laufen Positionen, die einmal beabsichtigten, die Menschen zu ermächtigen, schließlich auf eine gründliche Entmächtigung hinaus, insofern nämlich, als sie zentrale Dimensionen von Herrschaft in der modernen Welt ausklammern und unsichtbar machen.“ (Postone 1998)

Diese Tendenz der ‚Entwirklichung‘, in Form einer Dethematisierung der für kapitalistische Gesellschaften charakteristischen und grundlegenden materiellen Strukturzusammenhänge, könnte kaum eindrucksvoller illustriert werden als an der weitverbreiteten ‚Entdramatisierung‘ des demographischen Wandels seitens der (kritischen) Sozialwissenschaft. Dieser sich praktisch – bei allen Unterschieden im Detail – durch die gesamte sozialwissenschaftliche Kritik an der demographischen Debatte ziehenden ‚Entwirklichung‘ durch ‚Entdramatisierung‘ des demographischen Wandels soll daher im vorliegenden Beitrag nachgegangen werden.

Ich werde dabei in zwei Schritten vorgehen: In einem ersten Abschnitt wird in freilich nur recht grober Skizze der gesellschaftliche Überalterungsdiskurs rekonstruiert, dies jedoch, im Unterschied zur gängigen sozialwissenschaftlichen Diskussion, unter stetem Rückbezug auf die kapitalistische Struktur der Gesellschaft bzw. davon ausgehende Strukturzwänge, und sozusagen mit der Unterstellung, dass sich demographische Diskurse durchaus auf ein reales, objektives ‚Problem‘ beziehen, das nicht erst (oder jedenfalls nicht nur) durch diskursive ‚Problematisierung‘ in die Welt kommt. Gefragt wird also explizit, welches ‚Problem‘ hier diskursiv ‚problematisiert‘ wird und warum.³ Im Anschluss daran werden unterschiedliche Ansätze der sozialwissenschaftlichen Kritik an

³ Dass diskursive ‚Problematisierung‘ das Vorhandensein eines ‚Problems‘ voraussetzt, ist freilich auch postmodernen Theoretiker/innen nicht ganz unbekannt, wie etwa an Michel Foucaults Bestimmung von „Problematisierung“ als einem zentralen Funktionsmodus von Diskursen abgelesen werden kann: „In Wirklichkeit muss, damit ein Handlungsbereich und ein Verhalten ins Feld des Denkens eintritt, eine gewisse Zahl von Faktoren ihn oder es unsicher gemacht, ihm seine Vertrautheit genommen und in dessen Umfeld eine gewisse Anzahl von Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Diese Elemente unterliegen sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen. Aber sie spielen darin nur eine Rolle als Hinweis. Sie können existieren und ihre Aktionen über eine sehr lange Zeit hinweg ausüben, bevor es zu einer wirklichen Problematisierung durch das Denken kommt. Und wenn diese eintritt, nimmt sie nicht eine einzige Form an, die das direkte Ergebnis oder der notwendige Ausdruck dieser Schwierigkeiten wäre; sie ist eine oft vielgestaltige, mitunter sogar in ihren verschiedenen Aspekten widersprüchliche, eigentümliche oder spezifische Antwort auf diese Schwierigkeiten, die für sie durch eine Situ-

Diskursen einer gesellschaftlichen ‚Überalterung‘ und darin aufscheinende Tendenzen zur ‚Entwicklung‘ durch ‚Entdramatisierung‘ des demographischen Wandels erörtert. Dabei lassen sich verschiedene Strategien differenzieren, etwa diverse Formen der Umdeutung oder Historisierung des demographischen Wandels, eine mehr oder weniger explizite Reduktion des Altersstrukturwandels auf ein bloßes diskursives Konstrukt bis hin zur offenen Leugnung seines gesellschaftlichen Problemcharakters.

Beabsichtigt ist damit zweierlei: Zum einen soll gezeigt werden, dass eine adäquate und radikale Kritik an demographischen Überalterungsdiskursen nur möglich ist, wenn dabei auch die materiell-strukturellen, kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft in die Kritik miteinbezogen werden, die den demographischen Wandel für kapitalistische Gesellschaften, insbesondere für den Wohlfahrtsstaat, tatsächlich zu einem ‚Problem‘ machen. Was dieses Plädoyer für die analytische Kenntnisnahme des objektiven Problemcharakters des demographischen Wandels freilich bereits grundlegend von der in der Demographiedebatte dominanten und von kritischer Seite beanstandeten Sachzwanglogik unterscheidet, ist, dass dieser Befund die Grundlage einer kapitalismuskritischen Perspektive auf die demographische Problematik und ihre gesellschaftliche Behandlung bildet. Es geht hier also gerade nicht um die bloße Anerkennung des demographischen Wandels als ‚Problem‘, um auf dieser Basis Strategien zu seiner gesellschaftlichen Bewältigung zu entwickeln – das wäre affirmativ und unterschiede sich in der Tat durch nichts vom Mainstream-Diskurs in Politik, Wissenschaft und medialer Öffentlichkeit –, sondern ganz im Gegenteil darum, den durch die kapitalistische Struktur der Gesellschaft gesetzten Sachzwangcharakter des demographischen Wandels gesellschaftstheoretisch in Rechnung zu stellen, um ihn auf diese Weise zum Gegenstand einer umfassenden Gesellschafts- und Kapitalismuskritik zu machen.

Zum anderen – und unmittelbar damit zusammenhängend – wird zu zeigen sein, dass gerade diese kapitalismuskritische Perspektive der gängigen sozialwissenschaftlichen Kritik im Kontext des demographischen Wandels aufgrund ihrer Neigung zur ‚Entwicklung‘ und ‚Entdramatisierung‘ abgeht, wodurch sie auch das Problem des demographischen Wandels und damit zusammenhängender Diskurse bereits systematisch verfehlen muss.

1. Das ‚Problem‘ des demographischen Wandels und seine diskursive ‚Problematierung‘

Der gesellschaftliche Diskurs rund um den demographischen Wandel veranschaulicht im Grunde – jedenfalls sofern man diesen nicht bereits a priori auf ein quasi willkürliches und interessegeleitetes

ation oder einen Kontext definiert sind [...]“ (Foucault 2005, S. 732). Hier wird also durchaus thematisch, was in diesem Beitrag mit Blick auf den demographischen Wandel und entsprechende Diskurse angenommen wird: Es muss ein ‚Problem‘ geben, d.h. es muss etwas gesellschaftlich ‚problematisch‘ werden, um es ‚problematieren‘ zu können, und dies unterliegt wiederum, wie auch Foucault betont, „sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen“. Er verweist dabei ausdrücklich auch auf die Notwendigkeit einer Berücksichtigung des jeweiligen historischen Kontexts, etwa wenn er an anderer Stelle schreibt, die Untersuchung von ‚Problematierungen‘ sei „die Art und Weise, wie man Fragen von allgemeiner Bedeutung in ihrer historisch einzigartigen Form analysiert“ (Foucault 1990, S. 52). Gleichzeitig wird hier aber auch bereits die für postmoderne und poststrukturalistische Ansätze typische Neigung zur ‚Entwicklung‘ deutlich, denn im Mittelpunkt der Analyse steht nicht (oder zumindest nicht systematisch), was das ‚Problem‘ objektiv für die Gesellschaft zum ‚Problem‘ macht und weshalb, sondern nur noch die Formen seiner ‚Problematierung‘, d.h. die diskursive Konstruktion des ‚Problems‘ im und durch das ‚Denken‘ sowie daraus resultierende gesellschaftliche Effekte.

Konstrukt von Demograph/innen, Volkswirtschaftler/innen oder Politiker/innen reduziert – in kaum noch zu steigender Deutlichkeit, worin für moderne Gesellschaften das ‚Problem‘ des Altersstrukturwandels konkret begründet liegt. Es sind im Wesentlichen zwei Aspekte, die den demographischen Wandel unter kapitalistischen Prämissen so problematisch machen und die sich daher angesichts des rapide wachsenden Anteils alter Menschen in der Bevölkerung mit geradezu stereotyper und ermüdender Eintönigkeit durch sämtliche wissenschaftliche, politische und mediale Problematisierungen des Altersstrukturwandels ziehen.

Explodierende Kostenlast des Alters

Zunächst einmal bedeutet die zunehmende ‚(Über-)Alterung‘ der Gesellschaft eine Gefahr für die historisch gewachsenen Systeme der sozialen Sicherung durch die stetig steigenden Kosten, die der wachsende Altenanteil in der Bevölkerung für diese Systeme verursacht, und der diese damit in absehbarer Zeit zu überlasten droht. Im deutschsprachigen Raum wurde die Diskussion über die Folgen des demographischen Wandels vor allem durch den Bestseller von Frank Schirrmacher über das *Methusalem-Komplott* (Schirrmacher 2004) vorangetrieben, der binnen kürzester Zeit zahlreiche Auflagen in zweistelliger Höhe erlebte. Seither haben Diskussionen über den demographischen Wandel und dessen gesellschaftliche Krisenpotenziale insbesondere in den Medien Hochkonjunktur, wobei ein wesentliches Hauptaugenmerk auf den damit assoziierten gesellschaftlichen Kosten liegt. So führe der steigende Altenanteil in der Gesellschaft zu einer zunehmenden Verschiebung im Verhältnis von erwerbstätiger und nicht-erwerbstätiger Bevölkerung, was mittelfristig die Finanzierbarkeit des Pensionssystems, damit aber auch den (im Grunde ohnehin nur fiktiven) ‚Generationenvertrag‘ insgesamt in Frage stelle (vgl. OECD 2000; Walla et al. 2006; Bauernberger et al. 2009; Börsch-Supan 2009). In der Wissenschaft reflektiert sich diese Problematik insbesondere in Diskursen über „Generationengerechtigkeit“ (Kohli 2006; Tremmel 2009; Torp 2015), die zwar nicht ausschließlich, aber in besonderem Maße auch auf die Frage der nachhaltigen Finanzierung von Pensionssystemen abstellen, die politisch durch einen längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben bzw. durch eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters zu gewährleisten sei. Begründet wird dies insbesondere mit der stark gestiegenen Lebenserwartung, die es nicht nur erforderlich, sondern auch zumutbar mache, länger zu arbeiten und ‚aktiv‘ zu bleiben (ungeachtet aller zunehmenden sozialen Ungleichheit hinsichtlich der Lebenserwartung und der massiven Umverteilungseffekte von unten nach oben, die entsprechende Pensionsreformen nach sich ziehen).⁴ Neben mehr oder weniger intensiven Bemühungen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters⁵ reagiert die Politik auf die

⁴ Es ist inzwischen hinlänglich bekannt und wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht nur bei Einkommen und Vermögen, sondern auch bei der Lebenserwartung immer weiter aufgeht. In Deutschland bestehen etwa, laut offizieller Gesundheitsberichterstattung des Bundes aus dem Jahr 2015, sozioökonomische Differenzen hinsichtlich der Lebenserwartung von bis zu 10 Jahren (vgl. Robert Koch Institut 2015, S. 150). Ein in diesem Zusammenhang nur selten beachteter Sachverhalt ist, dass sich durch die massive und tendenziell weiter zunehmende Ungleichheit der Lebenserwartung auch eine geradezu unerhörte Umverteilung von unten nach oben ergibt, da sozial Bessergestellte nicht nur ohnehin sozioökonomisch im Vorteil sind, sondern darüber hinaus auch länger leben und entsprechend länger eine (noch dazu höhere) Pension beziehen. Dieser Umverteilungseffekt wird künftig noch in dem Maße zunehmen, wie zum einen die Ungleichheit der Lebenserwartung steigt und zum anderen im Zuge der politischen Bearbeitung des demographischen Wandels das gesetzliche Pensionsantrittsalter weiter erhöht und für sozial Benachteiligte dadurch noch schwerer zu erreichen sein wird.

⁵ Aktuell bereits in Umsetzung befindliche Rentenreformen in Deutschland sehen etwa eine Erhöhung des allgemeinen Pensionsantrittsalters von 65 auf 67 Jahre bis 2031 vor. Österreich beschränkt sich einstweilen auf

demographische Problematik mit der sukzessiven Senkung der Pensionsniveaus. In Deutschland etwa ist das Rentenniveau seit 1990 von 55 Prozent des durchschnittlichen Jahresgehalts auf 47,7 Prozent im Jahr 2015 gesunken. Nach den Plänen der deutschen Bundesregierung soll das Rentenniveau bis 2030 weiter auf 43 Prozent abgesenkt werden (vgl. Stückler 2017, S. 92). In diesen Zusammenhang von zunehmend schwieriger Finanzierbarkeit staatlicher Pensionssysteme einerseits und sinkenden Pensionsniveaus andererseits fällt auch der Trend zu diversen Formen der privaten Altersvorsorge, die gerade auch von staatlicher Seite verstärkt forciert werden – siehe etwa die berühmt-berüchtigte Riester-Rente in Deutschland. Eine grundsätzliche Herausforderung der staatlichen Pensionspolitik besteht dabei auch darin, dass in vielen Ländern schon die bislang gültigen gesetzlichen Pensionsaltersgrenzen häufig nicht erreicht werden und ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung bereits vorzeitig in den Ruhestand geht. Die Politik hat es daher noch vor jeder Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters mit dem Problem zu tun, das tatsächliche Pensionsantrittsalter zunächst einmal überhaupt an das bislang gültige gesetzliche Pensionsantrittsalter anzugleichen – was den einzelnen Staaten mit unterschiedlich großem Erfolg gelingt.

Ähnliche Auswirkungen wie auf das soziale Sicherungs- und Pensionssystem hat der demographische Wandel auf moderne Gesundheits- und Pflegesysteme, was sich ebenfalls entsprechend deutlich im gesellschaftlichen Altersdiskurs manifestiert: Durch die rapide steigende Zahl alter Menschen komme es zu permanent zunehmenden Aufwendungen für Gesundheits- und Pflegeleistungen, die die finanziellen und personellen Kapazitäten des System in absehbarer Zeit weit übersteigen würden (vgl. Niehaus 2006; Bosbach/Bingler 2008; Breyer 2014). Hier wird zuweilen sogar bereits ernsthaft darüber diskutiert, ob alte Menschen aufgrund der durch sie verursachten Kosten (aber auch aufgrund ihres hohen Alters, das schon allein solche Ausgaben als ungerechtfertigt, weil ‚unrentabel‘ erscheinen lasse) nicht überhaupt von bestimmten medizinischen Behandlungen und Therapien ausgeschlossen werden sollten, Gesundheitsleistungen für alte Menschen also nach Gesichtspunkten der Kosteneffizienz zu rationieren seien (vgl. kritisch Moody/Sasser 2015, S. 167ff.). Derartige Überlegungen sind freilich nicht grundsätzlich neu, sondern darin aktualisiert sich nur eine gegenüber dem Lebensrecht von Alten, Kranken und Pflegebedürftigen vollends gleichgültige ökonomische Kosten-Nutzen-Rationalität, die im Kapitalismus bereits eine lange Tradition hat, weil sie untrennbar zu dessen Verwertungs- und Geldlogik gehört. Bereits 1960 schrieb der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger sowie einer der Ahnherren und ‚Chefideologen‘ des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, in seinem Werk *Die Verfassung der Freiheit*:

„Es mag hart klingen, aber es ist wahrscheinlich im Interesse aller, daß in einem freiheitlichen System die voll Erwerbsfähigen oft schnell von einer vorübergehenden und nicht gefährlichen Erkrankung geheilt werden um den Preis einer gewissen Vernachlässigung der Alten und Sterbenskranken. Unter Systemen der staatlichen Medizin finden wir allgemein, daß diejenigen, die schnell zu voller Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden könnten, lange Zeit warten müssen, weil die Spitalseinrichtungen von Leuten in Anspruch genommen werden, die nie mehr etwas für ihre Mitmenschen leisten werden.“ (Hayek 1971, S. 405f.)

Gerade in solchen Diskursen kommt sehr deutlich – wie unterschwellig und sozialetisch verbrämt auch immer – die durch und durch menschenverachtende Potenz kapitalistischer Kosten-Nutzen-

eine schrittweise Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen (bislang 60 Jahre) an das der Männer (65 Jahre) bis zum Jahr 2033.

Kalküle zum Vorschein. Im Grunde laufen derartige Überlegungen auf nichts Geringeres als auf eine Unterlassung medizinischer Behandlung hinaus und erfüllten damit, würden sie tatsächlich umgesetzt, vollauf die Kriterien einer „passiven Senio-Euthanasie“ (Pousset 2018, S. 33), kämen also einem handfesten Senizid gleich.⁶ In denselben Zusammenhang gehören auch Positionen wie die der britischen Medizinethikerin(!) Mary Warnock, die im Jahr 2004 in einem Interview der *Sunday Times* Alten und Gebrechlichen Selbstmord empfahl, um ihre Familien und die Gesellschaft nicht zu belasten: „the frail and elderly should consider suicide to stop them becoming a financial burden on their families and society“.⁷ Auch solche ‚Empfehlungen‘ beziehen sich bevorzugt auf die ‚gesellschaftliche Kostenlast‘, die die immer mehr werdenden Alten als Kranke und Pflegebedürftige bedeuten. Sehr viel unmissverständlicher könnte wahrscheinlich nicht zum Ausdruck gebracht werden, wie gering der Wert menschlichen Lebens unter kapitalistischen Bedingungen veranschlagt ist, als durch diese ganz alltägliche (Diskurs-) Praxis, jedes menschliche Lebensrecht von vornherein unter Finanzierbarkeitsvorbehalt zu stellen und allein unter ökonomischen Kosten-Nutzen-Erwägungen zu betrachten – entgegen aller anderslautenden Rhetorik von ‚Menschenwürde‘ und ‚Lebensqualität‘, die solche menschenverachtenden Aussagen, oftmals sogar im selben Atemzug, überlagern.⁸ Es scheint vor diesem Hintergrund auch kein Zufall zu sein, dass relativ zeitgleich mit dem Einsetzen der demographischen Diskussion auch Debatten über Sterbehilfe wieder zunehmend salonfähig geworden sind, zumal sich einschlägige Diskussionen nicht ausschließlich auf Sterbehilfe bei Sterbenskranken beschränken, sondern sich zuweilen auch darauf beziehen, alte Menschen bei der Selbsttötung zu unterstützen, und zwar selbst dann, wenn diese nicht unheilbar krank sind oder unerträglich leiden, sondern bloß über 70 sind und „mit dem Leben abgeschlossen“ haben (vgl. Loenen 2014: 106ff.). Wie weit Sterbehilfediskurse inzwischen gesellschaftlich vorgedrungen sind, kann nicht zuletzt daran abgelesen werden, dass auch bei alten Menschen selbst Sterbehilfe und entsprechende Möglichkeiten, seinem Leben ein Ende zu setzen, wenn einem dieses nicht mehr ‚lebenswert‘ erscheint (etwa im Falle von Pflegebedürftigkeit oder Demenz), zunehmend auf Zuspruch stoßen (vgl. Lamers/Williams 2016).

Verlust von Produktivität und Wirtschaftskraft

Der zweite Aspekt im gesellschaftlichen Diskurs um den demographischen Wandel bezieht sich weniger auf die mit ihm assoziierten Kosten, die die vielen und immer mehr werdenden Alten der Gesellschaft finanziell verursachen, sondern betrifft vor allem den Bereich der Arbeit und, damit zusammenhängend, die Frage der ‚Produktivität‘ und der ‚Wirtschaftskraft‘ der Gesellschaft. Aus dieser Perspektive besteht ein wesentliches Problem des demographischen Wandels darin, dass die statthabenden Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft zu einem Arbeitskräftemangel und damit zu einem sukzessiven Verlust an produktivem Potenzial führen, was wiederum die Wirt-

⁶ Raimund Pousset differenziert in seiner Abhandlung über den Senizid aktive und passive Formen der „Senio-Euthanasie“, womit er die Tötung alter Menschen durch andere (z.B. Angehörige oder Pfleger/innen) bezeichnet. Von der „aktiven“ unterscheidet sich die „passive Senio-Euthanasie“ dadurch, dass sie den Tod des alten Menschen nicht aktiv und gezielt herbeiführt (wie z.B. bei Formen der aktiven Sterbehilfe), sondern diesen bloß billigend in Kauf nimmt, etwa durch Unterlassung, Behandlungsabbruch, Vernachlässigung oder ‚Inedia-Inszenierung‘ (d.h. verhungern und/oder verdursten lassen).

⁷ „Better for old to kill themselves than be a burden, says Warnock“, thetimes.co.uk (12.12.2004)

⁸ Immerhin gehört es unmittelbar zum Wesen moderner Euthanasie- und Sterbehilfediskurse, die Tötung alter, kranker und pflegebedürftiger Menschen nicht nur utilitaristisch mit gesellschaftlichen Interessen, sondern gerade auch mit der Menschenwürde und der Autonomie der Betroffenen zu legitimieren. Bereits Karl Binding und Alfred Hoche legten in ihrem die späteren NS-Euthanasieprogramme maßgeblich inspirierenden Machwerk über die „Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ ausdrücklich Wert darauf, dass es nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die „Lebensträger“ selbst sind, für die unter bestimmten Umständen (z.B. Behinderung, Pflegebedürftigkeit etc.) das Leben jeglichen „Wert“ verliert (vgl. Binding/Hoche 2006: 26).

schaftsleistung nachhaltig beeinträchtigt (vgl. exemplarisch Arnds/Bonin 2003; Börsch-Supan 2009). In dieser Problembestimmung des demographischen Wandels schlägt sich vor allem das spezifisch kapitalistische Problem der Reproduktion von Arbeitskraft nieder. Eine Gesellschaft, die wie die kapitalistische von der Ausbeutung und geldförmigen Verwertung menschlicher Arbeitskraft lebt, ist unmittelbar darauf angewiesen, dass verwertbare Arbeitskraft in ausreichender Menge ‚nachwächst‘, d.h. es muss stets gesellschaftlichen Nachwuchs in Form von jungen Menschen geben, die mit der Zeit in den Arbeitsprozess nachrücken und aus der Arbeit ausscheidendes ‚Human-kapital‘ ersetzen. Schon allein daraus wird bis zu einem gewissen Grad erklärlich, weshalb die kapitalistische Gesellschaft dermaßen besessen ist von der Zusammensetzung und wissenschaftlich-statistischen Kontrolle ihrer ‚Bevölkerung‘, etwa anhand quantitativer Größen wie der Geburtenrate – eine Besessenheit, die nicht zufällig auch die politische, wissenschaftliche und mediale Verhandlung des demographischen Wandels auszeichnet. Dies geht bis hin zu Wahnvorstellungen eines ‚Aussterbens‘ ganzer Nationen und Volkswirtschaften, wie sie in den letzten Jahren immer wieder in Schlagzeilen wie „Deutsche sterben langsam aus“, „Land ohne Leute“, „Die deutsche Eiche verdorrt“ etc. besichtigt werden konnten (siehe hierzu den Überblick in Messerschmidt 2015).⁹

Sehr beredte und materialreiche Auskunft über den modernen Wahn der Bevölkerungskontrolle wie auch generell über die soziale Konstruktion von ‚Bevölkerung‘ geben Studien von Michel Foucault über die von ihm so genannte „Bio-Politik“ (vgl. Foucault 1983, 2001, 2004a, 2004b). Er rekonstruiert dabei, wie ungefähr ab dem 18. Jahrhundert sukzessive die optimierende Regulierung des „Gesellschaftskörpers“ (Foucault 1983, S. 167) auf die gesellschaftliche Tagesordnung rückte und in weiterer Folge ein breites Spektrum „fortlaufender, regulierender und korrigierender Mechanismen“ entstand, die dazu dienen sollten, die Menschen „in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren“ (ebd., S. 171f.). Dazu gehörten „verschiedenste Techniken zur Unterwerfung der Körper und zur Kontrolle der Bevölkerung“ (ebd., S. 167), wie z.B. Geburtenkontrolle, Hygienemaßnahmen, statistische Erfassung der Bevölkerung etc. Was hier freilich hervorzuheben wäre, bei Foucault jedoch zu keiner Zeit wirklich systematisch berücksichtigt wird¹⁰, ist, dass es sich bei dem durch solche Formen der Bevölkerungskontrolle zu regulierenden „Gesellschaftskörper“ eben um die sich zu dieser Zeit herausbildende kapitalistische Gesellschaftsformation handelt, und bei dem „Bereich von Wert und Nutzen“, in dem die Menschen „organisiert“ wurden, um den damals historisch gerade erst entstehenden gesellschaftlichen Funktionsraum des Kapitals und der „abstrakten Arbeit“ (Marx). Auch hier wird also bereits (und abermals) eine Tendenz zur Dethematisierung kapitalistischer Form- und Strukturzusammenhänge sichtbar, wie sie für poststrukturalistische und andere postmoderne Theorieansätze bis heute charakteristisch ist. Bezieht man Foucaults Analysen jedoch explizit auf die historische Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus, so liefern diese durchaus sehr instruktives Material, das es erlaubt, historisch nachzuvollziehen, wie mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der mit ihr notwendig werdenden „Abstimmung

⁹ Dass diese zweite dominante Problembestimmung des demographischen Wandels, im Sinne eines bevorstehenden Arbeitskräftemangels und eines damit assoziierten Verlustes von produktivem Potenzial, angesichts des bereits erreichten, immer schneller steigenden Produktivitätsniveaus der kapitalistischen Produktionsweise und damit verbundenen Tendenzen zur Massenarbeitslosigkeit infolge von fortschreitender Automatisierung, im Grunde auf einer gravierenden Fehleinschätzung des Problems beruht, sei an dieser Stelle vernachlässigt – ich bin bereits an anderer Stelle ausführlich darauf eingegangen (vgl. Stückler 2017). Sowohl historisch als auch logisch war die Reproduktion, im Sinne eines ‚Nachwachsens‘ verwertbarer Arbeitskraft jedenfalls lange Zeit ein Problem, das kapitalistisch zu lösen bzw. staatlich zu verwalten war. Entsprechend stark wird der demographische Wandel heute auf der Diskursebene mit einem sinkenden Arbeitskräfteangebot assoziiert.

¹⁰ Foucault führt diese Entwicklungen stattdessen auf eine zwar historisch lokalisierte, aber letztlich mysteriös bleibende und quasi metaphysische „Bio-Macht“ zurück.

der Menschenakkumulation mit der Kapitalakkumulation“ (ebd., S. 168) auch die „Bevölkerung als politisches Problem“ (Foucault 2001, S. 289) überhaupt erst entsteht. Das macht wiederum die Demographie zu einer durch und durch und von Anfang an „politischen Wissenschaft“ (Hummel 2000, S. 287). Bereits bei Marx wird übrigens, wenn auch eher beiläufig und implizit, die konstitutive Bedeutung der ‚Bevölkerung‘ und ihrer politischen Regulierung angesprochen, wenn er die „Bevölkerung“ als „Grundlage und Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsakts“ (Marx 1971, S. 631) bezeichnet.

Insofern ist es also durchaus zutreffend, wenn poststrukturalistische Sozialwissenschaftler/innen, unter ausdrücklichem Rekurs auf Foucault, auf den ‚biopolitischen‘ Charakter der Diskussionen rund um den demographischen Wandel hinweisen (so z.B. Katz 1992, Messerschmidt 2015). Allerdings verweist dieser eben auch auf ein sehr konkretes und reales Problem, das der demographische Wandel für die kapitalistische Gesellschaft bedeutet, und kann nicht einfach auf einen „alarmistischen“ (Katz 1992) Diskurs reduziert werden, der quasi kontrafaktisch ein Problem konstruiert, wo keines ist, und bloß bestimmten gesellschaftlichen Akteuren zur Durchsetzung ihrer Machtansprüche dient. Sondern die aktuelle Diskussion um den demographischen Wandel ist nicht zuletzt (auch) vor dem Hintergrund des Problems der Reproduktion von Arbeitskraft zu sehen, und es ist daher alles andere als ein Zufall, dass sich der einschlägige Diskurs dementsprechend darstellt und der demographische Wandel in besonderem Maße mit einem Mangel an verwertbarer Arbeitskraft und einem drohenden Schrumpfen wirtschaftlicher Produktivität assoziiert wird.

In diesem Zusammenhang bekommt die gesellschaftliche Problembestimmung des demographischen Wandels im Übrigen auch noch eine etwas andere Stoßrichtung bzw. eine zusätzliche Dimension als unter dem oben besprochenen Aspekt der ‚Kostenlast‘. Aus dieser Perspektive stellt sich nämlich der demographische Wandel nicht nur als eine stetige Zunahme alter Menschen in der Bevölkerung dar (hervorgerufen durch sinkende Mortalitätsraten bzw. steigende Lebenserwartungen), sondern nicht zuletzt auch oder sogar primär durch eine parallel dazu verlaufende Abnahme junger Menschen (infolge sinkender bzw. seit Jahrzehnten stabil niedriger Geburtenraten). Der gesellschaftlichen ‚Überalterung‘ korrespondiert also gewissermaßen auch eine gesellschaftliche „Unterjüngung“ (vgl. Birg 2001). Selbst so manche/r sich kritisch verstehende Sozialwissenschaftler/in hat darin schon eine potentielle diskursive Strategie gegen die öffentlich dominante Wahrnehmung des demographischen Wandels als einer ‚gesellschaftlichen Überalterung‘ erblickt: Das Problem, so wird behauptet, sei ja gar nicht so sehr (oder jedenfalls nicht nur), dass die Alten zu viel, sondern dass die Jungen zu wenig werden (vgl. Laslett 1995, S. 57; Macnicol 2015, S. 65-86). Dass es sich hierbei freilich nur um die Kehrseite derselben Medaille handelt, wird bei einer solchen Argumentation geflissentlich übersehen. Denn ob man nun eher den Aspekt der ‚Unterjüngung‘ oder eher den der ‚Überalterung‘ betont, das Problem bleibt stets dasselbe, nämlich eine Bevölkerungsentwicklung, die die nachhaltige Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft bzw. – genauer gesagt – deren historisch gewachsene Organisation von und rund um (Lohn-) Arbeit in Frage stellt und einen entsprechenden politischen Handlungsbedarf erzeugt. So oder so bewegt man sich dabei in einem Problemhorizont, der (jedenfalls in dieser Form) nur für kapitalistische Gesellschaf-

ten gültig ist und in beiden Fällen auf derselben Ausblendung der kapitalistischen Spezifik des modernen ‚Bevölkerungsproblems‘ beruht.¹¹

2. ‚Entdramatisierung‘ als Strategie in der sozialwissenschaftlichen Kritik an demographischen Überalterungsdiskursen

Wie bereits eingangs erwähnt, leidet die sozialwissenschaftliche Kritik an gesellschaftlichen Diskursen der ‚Überalterung‘ und der explodierenden ‚Kostenlast des Alters‘ nahezu ausnahmslos darunter, dass sie den hier skizzierten Problemcharakter des demographischen Wandels schlicht negiert und diesen auf ein bloß kulturell-symbolisches bzw. diskursives Problem reduziert. Das Ergebnis dieser kulturalistisch verkürzten Kritik ist ein selbst hochgradig problematischer, weil sachlich durch nichts gedeckter Hang zur Entdramatisierung des demographischen Wandels und der damit aufgeworfenen gesellschaftlichen Probleme. Grundsätzlich in Frage gestellt wird dabei bereits jeder Diskussionsbeitrag, der den demographischen Wandel im Sinne eines ‚Problems‘ oder gar als ‚Krise‘ erörtert (vgl. exemplarisch Katz 1992; Berger/Kahlert 2006; Ebert/Kistler 2007; Schröder/Straubhaar 2007; Barlösius 2010; Köster 2012; Kahlert 2013; Lessenich 2014; Messerschmidt 2015). In der Annahme eines krisenhaften Charakters des demographischen Wandels stecke demnach eine Sachzwanglogik, die bestimmte politische Maßnahmen und Bewältigungsstrategien (z.B. die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, die Senkung von Pensionsniveaus etc.) als alternativlos erscheinen lasse. Die sozialwissenschaftliche Abwehr der Wahrnehmung des demographischen Wandels als ‚Problem‘ geht bis hin zu Einschätzungen, wonach diese Wahrnehmung ein Produkt der Ideologien, wenn nicht gar der ‚Lügen‘ politisch und wirtschaftlich mächtiger Akteure vor dem Hintergrund von Globalisierung und Neoliberalismus sei (vgl. Amann 2004; Macnicol 2015). Solche Einwände haben freilich zunächst durchaus eine gewisse Berechtigung, da die Krisenargumentation in der Tat für gewöhnlich vor allem von den Apologeten und Funktionseliten der kapitalistischen Gesellschaft, wie etwa Volkswirtschaftler/innen oder Politiker/innen, bemüht wird und dabei als Legitimationsgrundlage genau für solche, als alternativlos ausgegebene Maßnahmen bis hin zu einer heute kaum noch übersehbaren neoliberalen ‚Altersaktivierung‘ dient, die von kritischen Sozialwissenschaftler/innen zu Recht problematisiert werden. Was dabei allerdings übersehen oder schlicht ausgeblendet wird, ist, dass der demographische Wandel für kapitalistische Gesellschaften und deren Institutionen, insbesondere den Wohlfahrtsstaat, durchaus ein sehr reales Problem darstellt. Die Entdramatisierung des demographischen Wandels führt daher in aller Regel zu gravierenden und zuweilen auch grotesken Fehleinschätzungen der demographischen Problematik. Fünf verschiedene Formen und Strategien der Entdramatisierung sollen im Folgenden näher betrachtet werden, die allesamt eines gemeinsam haben: nämlich eine ‚Entwirklichung‘ des demographischen Wandels und eine analytische Entsorgung seines gesellschaftlichen Problem- und Sachzwangcharakters.

¹¹ Damit soll freilich nicht behauptet werden, dass eine Bevölkerungsentwicklung wie die gegenwärtige für andere Gesellschaftsformen keinerlei Herausforderungen bedeuten würde. Zumindest für eine Gesellschaft mit einem Produktivitätsniveau, wie es die kapitalistische mittlerweile entwickelt hat, sollte ein ‚demographischer Wandel‘ jedoch an sich relativ leicht zu verkraften sein – vorausgesetzt, diese Gesellschaft ist nicht kapitalistisch organisiert. Darauf wird bald noch etwas genauer einzugehen sein.

Der demographische Wandel als ‚Chance‘

Die vielleicht häufigste und zugleich naivste Strategie, die in der Sozialwissenschaft zur Entdramatisierung des demographischen Wandels zum Einsatz kommt, besteht darin, diesen von einem gesellschaftlichen ‚Problem‘ zu einer ‚Chance‘ umzudeuten. Die Argumentation zielt dabei darauf, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit nicht nur auf die ständig beschworenen ‚Herausforderungen‘ und ‚Gefahren‘, sondern auch auf die positiven Seiten und Möglichkeiten zu lenken, die mit dem demographischen Wandel (angeblich) ebenso gegeben seien, wobei hier bevorzugt die zunehmend zum Regelfall werdende Langlebigkeit ins Feld geführt wird, die als große gesellschaftliche Errungenschaft zu sehen sei (vgl. Möckli 1999; Bogedan et al. 2008; Schwentker/Vaupel 2011; Lehr 2011). Diese Strategie muss schon deshalb als naiv qualifiziert werden, da hier ‚Chancen‘ und ‚Herausforderungen‘ des demographischen Wandels quasi gegeneinander ausgespielt werden, wobei noch dazu qualitativ höchst verschiedene Aspekte gegeneinander hochgerechnet und in ein quasi-ökonomisches Verhältnis gesetzt werden.¹² Gerade mit Blick auf die Langlebigkeit, als bedeutendstem Positivposten in dieser wissenschaftlich konstruierten Kosten-Nutzen-Rechnung, sollte die Unhaltbarkeit eines solchen Vorgehens deutlich werden: Die Tatsache, dass Menschen heute im Durchschnitt länger leben und eine gute Chance haben, ein hohes Alter zu erreichen, mag menschlich und von der Warte des Individuums aus gesehen ohne Zweifel positiv zu bewerten und insofern auch der demographische Wandel als eine begrüßenswerte Begleiterscheinung dieser Entwicklungen zu betrachten sein. Aus kapitalistischer Sicht erscheint die zunehmende Langlebigkeit aber nicht zufällig vor allem auf der Seite der ‚Herausforderungen‘ und ‚Gefahren‘ des demographischen Wandels, da ihre gesamtgesellschaftlichen Folgen in erster Linie als steigende Kosten zu Buche schlagen – durch einen entsprechend längeren Bezug von Alterspensionen (bei gleichzeitigem Schrumpfen der ins System einzahlenden Erwerbsbevölkerung), durch eine rapide Zunahme hochaltriger und pflegebedürftiger Menschen, durch entsprechend steigende Aufwendungen im Gesundheits- und Pflegesystem etc. Mit anderen Worten: In der kapitalistischen Kosten-Nutzen-Rechnung hat die zunehmende Langlebigkeit keinerlei ‚Wert‘, sondern zerstört vielmehr welchen, weil durch sie extrem hohe Kosten entstehen, die durch die gesamtgesellschaftlich erwirtschaftete Mehrwertmasse gedeckt werden müssen. Dies kann insbesondere an den bereits erwähnten Debatten abgelesen werden, in denen darüber diskutiert wird, alte Menschen aus Gründen der Kosteneffizienz von bestimmten medizinischen Leistungen auszuschließen. Wo menschliches Leben unter Finanzierbarkeitsvorbehalt steht und entsprechend ‚rentabel‘ sein muss, da kann Langlebigkeit für die Gesellschaft (jedenfalls sofern diese Langlebigkeit größere Bevölkerungsteile und nicht bloß eine minoritäre Elite betrifft) nichts anderes als ein ‚Problem‘ sein – egal, wie viele Möglichkeiten und ‚Chancen‘ die Entwicklung zur Langlebigkeit den Menschen sonst noch eröffnen könnte. Um dies adäquat als den gesellschaftlichen Skandal kritisieren zu können, der dies ist, muss daher die kapitalistische Struktur der Gesellschaft als solche mitsamt ihren ökonomischen ‚Sachzwängen‘ in den kritischen Fokus rücken und ist es nicht ausreichend, sondern vielmehr sogar kontraproduktiv, wenn nicht törricht, bloß die einseitige gesellschaftliche Verhandlung des demographischen Wandels als ‚Problem‘ und ‚Krise‘ zu problematisieren. Denn dieses Problem ist so real wie die ökonomischen Sach-

¹² Besonders bezeichnend sind in diesem Zusammenhang Konzepte wie etwa jene einer „longevity dividend“ (Olshansky et al. 2016). Hier wird die gesellschaftliche ‚Errungenschaft‘ der Langlebigkeit nur noch unter rein ökonomische Begrifflichkeiten („Dividende“) gefasst und entsprechend bewertet. Die positive Beurteilung der Langlebigkeit geht dabei auch unmittelbar mit Anti-Ageing-Diskursen und -Strategien einer biomedizinischen Bekämpfung des Alter(n)s einher, was darauf verweist, dass der (auf den ersten Blick) positive Langlebigkeitsdiskurs unmittelbar mit einem negativen Altersdiskurs verknüpft ist.

zwänge, denen die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer selbstzweckhaften und rücksichtslosen Verwertungs- und Geldlogik unterliegt.

Gegen die steigende ‚Kostenlast‘ durch zunehmende Langlebigkeit vermag letztendlich auch der ‚Wirtschaftsfaktor Alter‘ (BMFSFJ 2008, Heinze et al. 2011) – eine zweite besonders gern mit dem demographischen Wandel assoziierte ‚Chance‘ – nicht anzukommen. Abgestellt wird dabei auf die mit der ‚Alterung‘ der Gesellschaft verbundenen bzw. erhofften neuen Geschäftsfelder durch die zunehmende Nachfrage nach speziell auf ältere Konsument/innen zugeschnittenen Waren und Dienstleistungen.¹³ Auch diese Argumentation erweist sich bei genauerer Betrachtung als überaus kurzichtig, da hier zumindest teilweise auf Formen des Konsums gesetzt wird, die staatlich, z.B. durch das Gesundheits- und Pflegesystem, alimentiert werden müssen und somit ihrerseits wieder gesamtgesellschaftlich auf der Kostenseite aufscheinen. Dies ist etwa der Fall, wenn der Sektor der Altenpflege und -betreuung als potentielle ‚Boombranche‘ der Seniorenwirtschaft gehandelt wird (vgl. Langwieser/Wippermann 2011). Ähnliches gilt aber auch für die seit einiger Zeit in den Mittelpunkt des Interesses gerückten (digitalen) Technologien zum „umgebungsunterstützten Leben“ älterer Menschen (AAL), die laut Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erhebliche ‚wirtschaftliche Potenziale‘ in sich bergen sollen (vgl. Künemund/Fachinger 2018). Hier ist bereits heute aufgrund hoher Entwicklungskosten sowie infrastruktureller Voraussetzungen entsprechender Technologien eine beträchtliche Abhängigkeit der Branche von öffentlichen Geldern mit Blick auf die Entwicklung und praktische Umsetzung von ‚AAL-Lösungen‘ ersichtlich. Das heißt, der ‚Konsum‘ solcher Technologien ist in hohem Maße auf staatliche Alimentierung angewiesen, erzeugt so gesehen also nicht nur ‚wirtschaftliche Möglichkeiten‘, sondern nicht zuletzt auch gesellschaftliche ‚Kosten‘. Auch das ist also eine Rechnung, die nicht so ohne Weiteres aufgehen wird (vom Problem sukzessive sinkender Kaufkraft infolge von Rentenkürzungen und einer allgemein fortschreitenden Prekarisierung von Lebensverhältnissen einmal ganz abgesehen).

Steigende Produktivität als Lösung der demographischen Problematik

Eine mit der ‚Chancen‘-Argumentation verwandte und dazu gewissermaßen komplementäre Strategie, den demographischen Wandel zu entdramatisieren, besteht des Weiteren darin, diesem seinen Problem- und Sachzwangcharakter durch den Hinweis auf seine (angeblich) leicht mögliche Bewältigung zu nehmen. Hier wird zuweilen sogar der demographische Wandel als Problem überhaupt aus der Welt diskutiert und entfaltet sich eine aufwändige Argumentation, die verdeutlichen soll, „warum wir mit dem Altern unserer Bevölkerung gut leben können“ (Strange 2006). Ein bevorzugtes Mittel zur Lösung der demographischen Problematik wird dabei in der hohen und weiter steigenden wirtschaftlichen Produktivität erblickt. Eine steigende Produktivität habe nämlich einerseits zur Folge, dass die Alterung der Gesellschaft mit Blick auf den wirtschaftlichen Arbeitskräftebedarf kein Problem sein werde, da das durch den demographischen Wandel abnehmende Arbeitskräfteangebot durch die steigende Arbeitsproduktivität kompensiert werden könne (ebd.). Andererseits und darüber hinaus bedeute der demographische Wandel auch für das soziale Sicherungssystem kein unlösbares Problem, da bei steigender wirtschaftlicher Produktivität eine immer größere Zahl von nicht-arbeitenden (alten) Menschen durch eine immer kleinere Zahl von arbeitenden (jungen) Menschen mitversorgt werden könne (vgl. Hondrich 2007; Köster 2012, S. 604; Macnicol 2015, S. 66).

¹³ Siehe in dem Zusammenhang etwa die Diskussion über die sogenannten „silbernen Märkte“ (Kohlbacher/Herstatt 2008).

Auch diese Entdramatisierungsstrategie hat freilich den Haken, dass sie – salopp gesprochen – die Rechnung ohne den Wirt macht, d.h. die immanenten Logiken und Formzwänge der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweise systematisch ausblendet. Für jede andere Gesellschaftsform als die kapitalistische wäre bei einem derart hohen und weiter steigenden Produktivitätsniveau, wie es heute vorherrscht, die Argumentation der ‚Entdramatisierer‘ ohne Frage zutreffend und ein demographischer Altersstrukturwandel wahrscheinlich ohne größere Probleme zu verkraften. Auch unter den heute bestehenden kapitalistischen Bedingungen scheitert etwa die Versorgung einer zunehmend wachsenden Altenpopulation schon längst nicht mehr an einer zu geringen Produktivität in der Herstellung von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Woran es allerdings scheitert, ist das Geld bzw. die Finanzierbarkeit, und diese hängt überhaupt nicht von der wirtschaftlichen Produktivität in der Herstellung von Gebrauchsgütern ab, sondern von der permanenten Verwertung von Arbeit.

In Marx’schen Begrifflichkeiten ausgedrückt, besteht das Problem solcher Argumentationen darin, dass sie „abstrakten“ und „wirklichen“ bzw. „stofflichen Reichtum“ konfundieren und quasi in eins setzen. Im Kapitalismus zählt laut Marx allein der abstrakte Reichtum, d.h. der durch die Produktion und den Verkauf von Waren erzielte (sich in Geldform ausdrückende) Mehrwert. Das ist aber natürlich etwas qualitativ völlig anderes als der konkrete, stoffliche Reichtum, den die hergestellten Produkte als Gebrauchsgegenstände repräsentieren (vgl. Ortlieb 2009, S. 27ff.; Stückler 2019, S. 15f.). Auf diesen kommt es hingegen im Kapitalismus überhaupt nicht an, dieser ist lediglich ein notwendiges Übel für den gesellschaftlichen Selbstzweck der Kapitalverwertung – ein Sachverhalt, der jeden Tag daran beobachtet werden kann, dass jegliche „wirtschaftliche Tätigkeit, die keinen Mehrwert verspricht, unterbleibt, auch wenn sie noch so viel stofflichen Reichtum hervorbringen würde“ (Ortlieb 2009, S. 28).¹⁴ Mit anderen Worten: Dieser Widersinn resultiert unmittelbar daraus, dass im Kapitalismus jegliche Produktion dem abstrakten Imperativ der Kapitalverwertung unterworfen ist, jedes hergestellte Gebrauchsgut, jedes Lebensmittel, jede Dienstleistung also durch das Nadelöhr der Geldvermehrung gehen muss, anstatt deren Her- und Bereitstellung von konkreten menschlichen, sinnlichen Bedürfnissen abhängig zu machen. Davon sind nicht zuletzt und gerade auch staatliche Leistungen wie Pensionen, Gesundheits- und Pflegesysteme usw. betroffen, da diese stets durch Abschöpfung von der kapitalistisch erzeugten Mehrwertmasse qua Steuern finanziert werden müssen, also selbst die hinreichende Produktion ‚abstrakten Reichtums‘ zur Voraussetzung haben. Für kapitalistische Gesellschaften bedeutet daher ein demographischer Wandel mit seinen Auswirkungen auf das Verhältnis von arbeitender (und somit mehrwertschaffender) und nicht-arbeitender (und somit zu erhaltender) Bevölkerung, trotz – und wie ich bereits an andere Stelle (Stückler 2017) gezeigt habe: sogar aufgrund – der enormen Produktivität, in der Tat jenes existentielle Problem, als das es in politischen und wissenschaftlichen Debatten stets erscheint.

¹⁴ Beobachtet werden kann dies aber freilich auch am mindestens ebenso häufig vorkommenden umgekehrten Fall, nämlich wenn ‚stoffliche‘ Produkte von höchst fragwürdigem oder sogar offen destruktivem Gebrauchswert (z.B. SUVs, Waffen oder auch der zunehmend die Haushalte überflutende Elektroschrott) hergestellt werden, gerade weil ihre Produktion Mehrwert verspricht. Selbst die unmittelbare Zerstörung stofflichen Reichtums kann mehrwertbildend sein (siehe etwa als prominentes Beispiel der letzten Jahre das politisch subventionierte Abwracken von Autos in Deutschland).

Entdramatisierung des demographischen Wandels durch Historisierung

Eine weitere, besonders raffinierte Möglichkeit, den demographischen Wandel zu entdramatisieren, besteht in dessen Historisierung. Dabei werden demographische Diskurse in einen historischen Kontext gestellt und in ihrer Entwicklung bis heute rekonstruiert. Ein solches historisches Vorgehen ist freilich zunächst durchaus sinnvoll und hinsichtlich der Ergebnisse oftmals auch sehr instruktiv. So zeigen etwa entsprechende Untersuchungen, dass katastrophische Bevölkerungsdiskurse, wie sie heute vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in der Gesellschaft zirkulieren, kein völlig neues Phänomen sind, sondern einige historische Vorläufer haben, die in der kapitalistischen Modernisierungsgeschichte relativ weit zurückreichen. In dem Zusammenhang konstatiert etwa Thomas Etzemüller für das gesamte 20. Jahrhundert einen „apokalyptischen Bevölkerungsdiskurs“, der die Bevölkerungsentwicklung gleichsam als einen „ewigwährenden Untergang“ konstruierte (vgl. Etzemüller 2007).

Thomas Bryant attestiert dabei vor allem dem deutschen Demographiediskurs eine schon lange bestehende Neigung zu „geradezu außergewöhnliche[r] Dramatisierung“:

„Die Reflexion über die möglichen Folgen jenes demografischen Veränderungsprozesses war stets überschattet von anti-malthusianischen Gefahrenszenarios und apokalyptischen Untergangängsten. Viele Wissenschaftler, Politiker und sonstige Personen des öffentlichen Lebens machten die sinkenden Geburtenraten für die von ihnen publizistisch inszenierte ‚nationale Tragödie‘ verantwortlich und verwiesen dabei immer wieder auf die dreifache Gefahr der vermeintlichen Überalterung, Schrumpfung und letztlich gar Selbstauslöschung des deutschen Volkes. Aus diesem Grunde wurde die ‚demografische Transition‘ als ein gänzlich abnormes und nachgerade pathologisches Phänomen (also eine ‚Volks-Krankheit‘ im buchstäblichen Sinne) aufgefasst, welches es dringend zu korrigieren gelte.“ (Bryant 2011, S. 40)

Bryant weist dabei auch auf die ‚eliminatorischen‘ Momente des deutschen Bevölkerungsdiskurses hin, die ihre radikalste Ausprägung „innerhalb der pro- und antinatalistischen sowie genozidalen Bevölkerungspolitiken des ‚Dritten Reiches‘“ (ebd.) erreichten, von denen nicht zuletzt auch Alte und Pflegebedürftige betroffen waren, die im Rahmen der NS-Euthanasieprogramme, ähnlich wie Behinderte oder psychisch Kranke, in großer Zahl als ‚lebensunwertes Leben‘ ermordet wurden (vgl. Hahn 2001). Die nationalsozialistischen Senizide in Alten- und Pflegeheimen, so Bryant, bildeten „den tragischen Zenit des deutschen Alterungsdiskurses im 20. Jahrhundert“ (Bryant 2011, S. 42).

So aufschlussreich und erhellend diese Befunde sind, so problematisch wird die historische Aufarbeitung demographischer Diskurse jedoch, sobald diese zur argumentativen Grundlage einer Entdramatisierung der aktuellen demographischen Problematik gemacht werden soll. Der Subtext der Untersuchungen in ihrem historischen Durchgang durch den gesellschaftlichen Bevölkerungsdiskurs lautet praktisch unisono, an apokalyptischen Katastrophenszenarien und Überalterungängsten sei per se nichts Neues. Und so irrational demographische Diskurse schon früher gewesen seien, so irrational und damit unreal sei letztlich auch die heutige Debatte um den demographischen Wandel. Unter der Hand wird damit der demographische Wandel zu einer Art Hirngespinnst von Politiker/innen, Wissenschaftler/innen und Medien erklärt. Dass all diese Diskurse in der Tat hochgradig irrationale Züge aufweisen, bedeutet aber freilich noch lange nicht, dass es kein reales Problem gibt, das diese Diskurse, wenngleich auf irrationale Weise, verarbeiten. Ihre Irrationalität macht sie vielmehr sogar gefährlich, wie sich historisch gerade am systematischen Altenmord der Nationalso-

zialisten erwiesen hat – umso ernster sind diese Diskurse daher zu nehmen. Bezeichnenderweise werden durch die historisch begründete Entdramatisierung des demographischen Wandels gerade auch historische Differenzen zwischen der demographischen Situation des frühen 20. Jahrhunderts und der Gegenwart systematisch eingeblendet. Damals war die ‚Alterung‘ der Gesellschaft noch nicht annähernd so weit fortgeschritten wie heute¹⁵, hat sich also der Problemcharakter, auf den sich demographische Diskurse beziehen, seither durchaus beträchtlich verändert, damit aber (und nicht zufällig) auch die diskursiven Problematisierungsformen. Der Sozialgerontologe Robert H. Binstock hat in dem Zusammenhang bereits in den 1980er Jahren darauf hingewiesen, dass sich im Angesicht des sich abzeichnenden demographischen Wandels die gesellschaftliche Wahrnehmung der Alten teils gravierend gewandelt hat. Galten alte Menschen bis in die späten 1970er Jahre noch überwiegend als bedürftig, gebrechlich und politisch marginalisiert, so hat sich seither das gesellschaftliche Bild der Alten geradezu umgekehrt – die Alten erscheinen nun nicht mehr als arm und bedürftig, sondern zunehmend als ‚well-off‘ und gut gesichert; nicht mehr als ‚würdige Arme‘, die aufgrund ihrer Zwangspassivierung gesellschaftliche Unterstützung verdienen, sondern als beständig wachsende ‚Kostenfaktoren‘; nicht mehr als politisch marginalisiert, sondern aufgrund ihrer rapide wachsenden Zahl als immer stärker werdende politische Kraft, die zunehmend in der Lage ist, ihre altersspezifischen Interessen durchzusetzen (vgl. Binstock 1983, S. 136). Letzteres ist auch die Grundlage für die seither auf dem Vormarsch befindlichen Vorstellungen eines bevorstehenden „Generationenkrieges“, bis hin zu Phantasien über eine heraufdämmernde „Herrschaft der Alten“ (vgl. Gronemeyer 1989; Dychtwald 1999; Schirmacher 2004). Dass bereits in den 1920er und 1930er Jahren, bei einem noch deutlich niedrigeren Altenanteil in der Bevölkerung, dermaßen übersteigerte Überalterungsängste grassierten, wie sie Etzemüller und Bryant herausarbeiten, könnte umgekehrt wiederum darauf hindeuten, dass bereits sehr früh eine zumindest diffuse Ahnung davon vorhanden war, dass die historisch gerade erst geschaffenen sozialen Sicherungs- und Pensionssysteme auf tönernen Füßen stehen und ihre Finanzierung in dem Maße zu einem Problem werden wird, in dem der Altenanteil gegenüber der Erwerbsbevölkerung sukzessive zunimmt.¹⁶ Ihre mit Blick auf materiell-strukturelle und politisch-ökonomische Verhältnisse merkwürdig ahistorisch bleibende historische Analyse und ihre darauf beruhende Entdramatisierung gegenwärtiger Bevölkerungsdiskurse könnte sich so recht bald als voreilig und geradezu fahrlässig erweisen.

‚Überalterung‘ versus ‚Unterjüngung‘

Wiederum eine ganz andere Strategie der Entdramatisierung des demographischen Wandels, die im sozialwissenschaftlichen Diskurs virulent ist, besteht in der Umdeutung seines Problemcharakters. Dabei wird der demographische Wandel zwar nicht unbedingt als Problem geleugnet, allerdings seine diskursive Konstruktion im Sinne einer ‚gesellschaftlichen Überalterung‘ in Frage gestellt. Auf die bevorzugte Strategie in diesem Zusammenhang wurde weiter oben bereits kurz eingegangen: Der demographische Wandel, so wird dabei argumentiert, bestehe als Problem nicht so sehr darin, dass der Anteil alter Menschen in der Gesellschaft zunehme, sondern dieses sei vielmehr darin zu

¹⁵ In Deutschland etwa waren um die Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert kaum mehr als fünf Prozent der deutschen Bevölkerung älter als 65 Jahre (vgl. Borscheid 1989, S. 7) – heute liegt ihr Anteil an der Bevölkerung mehr als vier Mal so hoch. In Österreich betrug noch 1923 die Zahl der über 60-Jährigen lediglich 650.000 und stieg bis 1970 auf 1,5 Millionen, hat sich also in weniger als 50 Jahren mehr als verdoppelt (vgl. Kytir 2006, S. 132).

¹⁶ Speziell in Deutschland hatte die Überalterungsangst freilich auch und darüber hinaus eine nicht zu unterschätzende militärische Komponente. Die Wahrnehmung der ‚demographischen Transition‘ als ‚Volks-Krankheit‘ und entsprechende Halluzinationen eines ‚Aussterbens der Nation‘ haben sich also nicht zuletzt auch auf eine antizipierte unzureichende ‚Wehrkraft‘ durch einen Mangel an jungen, wehrfähigen Männern bezogen.

sehen, dass der Anteil der Jungen zurückgehe. Nicht die steigende Lebenserwartung sei demnach das Problem, sondern eine seit Jahrzehnten sinkende bzw. stabil niedrige Geburtenrate; nicht eine gesellschaftliche ‚Überalterung‘ also, sondern eine gesellschaftliche ‚Unterjüngung‘ (vgl. Birg 2001; Macnicol 2015).

Auch die Problematik einer solchen Argumentation wurde bereits an früherer Stelle vorweggenommen: Die dem Diskurs der ‚Überalterung‘ entgegengehaltene ‚Unterjüngung‘ stellt im Grunde nur die andere Seite derselben Medaille bzw. ein- und desselben demographischen Sachzwangs dar. Nicht von ungefähr nimmt die Problematisierung der ‚Unterjüngung‘ im gesellschaftlichen Diskurs oftmals ähnlich rabiate Formen an wie im Fall der ‚Überalterung‘. Dies artikuliert sich nicht nur in den bereits erwähnten Halluzinationen eines drohenden Aussterbens ganzer Nationen, sondern auch in einer zunehmenden Aggression und ‚Straflust‘ gegenüber Singles und Kinderlosen, die man möglichst (z.B. steuerlich) benachteiligen solle, um die Leute dazu zu bewegen, sich gefälligst wieder zu vermehren und so mittelfristig die Fertilität in die Höhe bzw. zurück auf ein als ‚normal‘ imaginiertes Niveau zu treiben (vgl. Kaufmann 2005). Besonders im Visier stehen dabei freilich Frauen, denen in modernen Gesellschaften bereits traditionell die Verantwortung für die soziale Reproduktion und so auch über die gesellschaftliche Fertilität und ‚Generativität‘ aufgebürdet wird (vgl. kritisch Dackweiler 2006; Kahlert 2013; Heitzmann 2017). So sind es dann vor allem berufstätige bzw. sich zunehmend über Beruf und Karriere identifizierende Frauen, die Schuld sein sollen am bevorstehenden Aussterben des (deutschen, österreichischen usw.) Volkes, und die man(n) am liebsten wieder zu Heim und Herd und zu ihrer angestammten, quasi-natürlichen Rolle als Mutter und Hausfrau zurückkehren sähe.

Skurriel wird es auch, wo die kritisch gemeinte Umdeutung der ‚Überalterung‘ in eine ‚Unterjüngung‘ mit völlig stereotypen Bildern über Jugend und junge Erwachsene einhergeht, die dem Gerontologen und Alterssoziologen, würde er ähnlich in der Beschreibung alter Menschen vorgehen, unmittelbar den Vorwurf der Altersdiskriminierung einbringen würden. So meint etwa John Macnicol (immerhin einer der führenden Sozialgerontologen in Europa), ein „effektives Gegenargument“ gegen die verbreitete Wahrnehmung des demographischen Wandels als ‚Überalterung‘ gefunden zu haben, indem er behauptet, eine Gesellschaft von jungen Menschen sei ja auch nicht besser zu bewerten und verursache ebenso viele Kosten und Probleme wie eine ‚alte‘ Gesellschaft:

„One effective counter to the apocalyptic, pessimistic jeremiads associated with population ageing is to point out that a youthful population carries considerable social costs: youth correlates with high levels of crime, single parenthood, unemployment, suicides, homicides, drug abuse, traumatic deaths of all kinds, motor vehicle accidents, high health and education expenditure, and so on.“ (Macnicol 2006, S. 4)

Soziale Probleme, die eigentlich weniger über die ‚Jugend‘ als über die gesellschaftlichen Verhältnisse aussagen, in denen junge Menschen leben und ihr Fortkommen finden müssen, werden hier ohne jeden Skrupel zu quasi-natürlichen Eigenschaften von Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgebogen. Dies erfüllt gleich in zweifacher Hinsicht den Tatbestand einer sozialwissenschaftlich unzulässigen Ontologisierung: Nicht nur wird die ‚Jugend‘ als soziale Gruppe wie auch als Lebensphase ontologisiert und gleichsam naturalisiert, sondern auch die Gesellschaft selbst mit ihren historisch-spezifischen, immanent kapitalistischen Widersprüchen und Problemlagen. Darüber hinaus wird durch diese Argumentation de facto auch die eine ‚unproduktive‘ und entsprechend in gesellschaftlichen ‚Belastungsquoten‘ als ‚zu erhaltende‘ definierte Bevölkerungsgruppe gegen die andere

ausgespielt: Nicht nur die Alten, auch die Jugend kostet der Gesellschaft eine Menge Geld. Bewusst oder unbewusst wird damit das wissenschaftliche Einverständnis in die ohnehin vorherrschende gesellschaftliche Logik gegeben, bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der durch sie verursachten Kosten als ‚Last‘ zu betrachten.

‚Demographisierung des Sozialen‘

Ihre elaborierteste Form nimmt die Entdramatisierung des demographischen Wandels schließlich in Konzepten einer „Demographisierung des Gesellschaftlichen“ (Barlösius/Schiek 2007) an. Dabei wird der demographische Wandel implizit oder explizit auf eine diskursive Konstruktion von Demograph/innen, Volkswirtschaftler/innen, Politiker/innen usw. reduziert, die primär dazu diene, in der Öffentlichkeit als alternativlos ausgegebene politische Maßnahmen, wie z.B. die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, durchzusetzen (vgl. Hummel 2006; Lessenich 2014; Messerschmidt 2015). Der Begriff der ‚Demographisierung‘ bezeichnet zunächst ganz allgemein (d.h. nicht nur im Kontext des Altersstrukturwandels) Tendenzen in Politik, Wissenschaft und Medien, gesellschaftliche Problemlagen zunehmend unter demographischen Gesichtspunkten bzw. unter bevorzugter Verwendung demographischer Kategorien und Begriffe zu diskutieren und zu definieren. Auch hier soll durchaus nicht unterschlagen werden, dass Untersuchungen und Analysen zur ‚Demographisierung‘ oftmals instruktive Ergebnisse hervorbringen, vor allem was die diskursive Verhandlung der Bevölkerung als „politisches Problem“ (Foucault) betrifft. Hier wird etwa herausgearbeitet, dass die Diskussion über den demographischen Wandel oftmals mit Analogien und Metaphern operiert, die den Altersstrukturwandel als Naturkatastrophe rahmen – etwa wenn der demographische Wandel im Sinne einer ‚Alterslawine‘, einer ‚Altenflut‘, eines ‚silver tsunami‘ usw. beschrieben wird. Auf diese Weise würden gesellschaftliche Problemlagen wie auch die Gesellschaft insgesamt „naturalisiert“ (vgl. Denninger et al. 2014, S. 105ff.).

Auch auf die Rolle der Wissenschaft, insbesondere der Soziologie in diesen diskursiven Prozessen der ‚Demographisierung‘ wird dabei treffend hingewiesen. So kann Stephan Lessenich im Prinzip zugestimmt werden, wenn er schreibt:

„Auch wenn mit [...] auf neue Formen der Sozial- und Systemintegration [...] zielenden Konzepten gewissermaßen ‚das Beste‘ aus dem demographischen Wandel und der Altersstrukturverschiebung zwischen Jungen, Erwachsenen und Alten bzw. Auszubildenden, Erwerbstätigen und Rentner/innen gemacht werden soll: So oder so wirkt die Soziologie maßgeblich mit an der jüngeren gesellschaftlichen Tendenz zur Demographisierung des Sozialen [...]. Soziologische Analysen ‚gesellschaftlicher Alterung‘ und soziologische Handreichungen zu deren konstruktiver, produktiver Bewältigung tragen zu der Normalisierung einer gesellschaftlichen Praxis bei, soziale Fragen – etwa der Verteilung materieller Ressourcen und individueller Lebenschancen – als demographische Fragen zu verstehen, soziale Probleme – bspw. Versorgungsmängel im Gesundheitswesen – als altersstrukturbedingte Probleme zu rahmen, soziale Konflikte – z.B. um Verteilungsungleichheiten und deren politische Bearbeitung – als Generationenkonflikte zu konstruieren.“ (Lessenich 2014, S. 452, Herv. im Orig.)

Was hier allerdings bereits recht deutlich durchschimmert, ist die Neigung, den demographischen Altersstrukturwandel als ein für kapitalistische Gesellschaften durchaus reales Problem herunterzuspielen oder gar zu leugnen und darüber hinaus alternative Positionen, wie sie etwa im vorliegenden Beitrag entwickelt werden, a priori und unterschiedslos zusammen mit allen anderen ‚Krisenbeschwörern‘ aus dem sozialwissenschaftlichen Mainstream unter das Verdikt der „Demographisie-

„rung des Sozialen“ zu subsumieren. Über die Frage nach dem objektiven Problemcharakter des demographischen Wandels wird gleichsam ein Tabu verhängt, und wer dennoch solche Fragen stellt, macht sich automatisch der ‚Demographisierung‘ schuldig. Das ‚Problem‘, das der demographische Wandel für kapitalistische Gesellschaften darstellt (und damit zusammenhängend auch die Frage, wie Diskurse einer ‚gesellschaftlichen Überalterung‘ und einer explodierenden ‚Kostenlast des Alters‘ überhaupt eine derartige Penetranz und eine auch historisch bereits relativ weit zurückreichende Dominanz entwickeln können, wenn sie auf keinerlei reales Problem verweisen sollen) rückt so letztlich nicht mehr in den kritischen Blick. Stattdessen wird mehr oder weniger explizit die Weisung ausgegeben, Gesellschaft in einer Weise zu denken, in der der Altersstrukturwandel kein grundsätzliches Problem mehr darstellt und nicht mehr als solches betrachtet werden muss. Dies wird deutlich, wenn Lessenich gegen Ende seines Textes Überlegungen über eine „postdemographische Soziologie“ anstellt, die

„Fragen der Bevölkerungsentwicklung und des Altersstrukturwandels nicht auf als abgeschlossen und statisch gedachte staatsgesellschaftliche Einheiten projiziert und zuschreibt, sondern sie als das analysiert und diskutiert, was sie tatsächlich sind: Fragen der ungeordneten, unberechenbaren und stets widersprüchlichen Dynamik von Vergesellschaftungsprozessen“ (ebd., S. 461).

Hier wird zwar nicht der demographische Wandel, stattdessen werden die von der kapitalistischen Struktur ausgehenden Sachzwänge aus der Welt diskutiert, die den demographischen Wandel zu einem ‚gesellschaftlichen Problem‘ machen, indem die Gesellschaft als prinzipiell ‚offen‘ und ‚unabgeschlossen‘ – und das heißt vor allem: frei von Sachzwängen – imaginiert wird.

Auch die richtige und wichtige Kritik an der ‚Naturalisierung‘ gesellschaftlicher Verhältnisse durch demographische Katastrophen-Diskurse verschenkt den größten Teil ihres kritischen Potenzials bislang dadurch, dass sie primär mit der Intention geübt wird, die Wahrnehmung des demographischen Wandels als ‚Problem‘ zu desavouieren, indem sie diese der ‚Naturalisierung‘ überführt. Ihr volles kritisches Potenzial würden solche Analysen freilich erst dann entfalten können, wenn sie dabei auch die entscheidende Frage zu klären vermögen, was genau denn in solchen Diskursen eigentlich ‚naturalisiert‘ wird und weshalb. Hier kann nur eine für objektive Strukturzusammenhänge sensible, kapitalismuskritische Perspektive weiterhelfen, wie sie etwa bei Marx und insbesondere in seinem Begriff von „Fetischismus“ Gestalt angenommen hat: Marx hat damit den paradoxen und geradezu ‚verrückten‘ Sachverhalt auf den Begriff gebracht, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus zwar einerseits durch die Menschen selbst gemacht sind und durch deren Handeln gleichsam ‚konstruiert‘ werden, dass aber andererseits diese Verhältnisse sich den Menschen gegenüber als ihren Urhebern verselbständigen und gewissermaßen ein Eigenleben annehmen. Die Produkte ihres eigenen Handelns treten den Menschen dinghaft in Form von gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen gegenüber, denen sowie den von ihnen ausgehenden Sachzwängen sich die Menschen unterwerfen müssen. Gesellschaftliche Herrschaft, so fasst Moishe Postone die Marx’sche Perspektive zusammen, besteht im Kapitalismus „im Kern nicht in der Herrschaft von Menschen über Menschen, sondern in der Beherrschung von Menschen durch abstrakte gesellschaftliche Strukturen, die von den Menschen selbst konstituiert werden“ (Postone 2003, S. 61f.). Eben dies macht laut Marx die fetischistische Konstitution der kapitalistischen Gesellschaft aus, dass den Menschen ihre eigene Gesellschaftlichkeit nicht nur entgleitet, sondern diesen als solche nicht einmal mehr bewusst ist, weil die von den Menschen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse ihnen zu einer Art ‚zweiten Natur‘ geworden sind. Und genau darin, in dieser Fetischi-

sierung der Gesellschaft zu einer ‚zweiten Natur‘, liegt letztlich auch der Hang der Menschen zur Naturalisierung von Gesellschaft begründet: Sie naturalisieren die Gesellschaft in dem Maße, in dem ihnen Gesellschaft nicht als soziales, sondern als eine Art Naturverhältnis erscheint, und sie die von der Gesellschaft ausgehenden Sachzwänge nicht als Zwänge wahrnehmen, die den Menschen lediglich von Strukturen auferlegt werden, die sie selbst geschaffen haben, sondern vielmehr als unhintergehbare Naturnotwendigkeiten und Naturgesetzmäßigkeiten.¹⁷

Die ‚Demographisierung‘ lässt sich vor diesem Hintergrund dechiffrieren als „Bewältigungsform von Krisen der ‚zweiten‘ Natur des Menschen“ (Sackmann/Bartl 2008). Was hier naturalisiert wird, ist nichts Geringeres als die den Menschen zur ‚zweiten Natur‘ gewordene kapitalistische Gesellschafts- und Lebensweise, deren Fortbestand u.a. durch den Altersstrukturwandel (durchaus zu Recht) als bedroht wahrgenommen wird. Hier bekommen auch die Metaphern von ‚Fluten‘, ‚Lawinen‘, ‚Tsunamis‘ und all die anderen Bilder, die in der Öffentlichkeit zur Dramatisierung des demographischen Wandels herumgeistern, erst ihre konkrete Bedeutung. Es ist die Bewegung, die Dynamik, die Veränderung, die die überkommene, als festgefügt wahrgenommene soziale Ordnung umzuwälzen droht. Die ‚Flut‘ der Alten bedroht die herrschende kapitalistische Gesellschaftsstruktur und ihre historisch gewachsene Organisation von bzw. durch Lohnarbeit. Und weil diese gesellschaftliche Struktur den Menschen als ‚natürlich‘ erscheint, erscheint der demographische Wandel folgerichtig als Naturkatastrophe, und zwar nicht als irgendeine Naturkatastrophe, sondern bevorzugt als ‚Flut‘ oder als ‚Lawine‘, die die Gesellschaft hinfort zu spülen droht.¹⁸ Eine Kritik an solchen Formen der ‚Naturalisierung‘ durch ‚Demographisierung‘ müsste daher gerade dafür sensibel sein, was die gängige Kritik an der ‚Demographisierung‘ bislang so beharrlich zu leugnen und der Kritik zu entziehen versucht: das fetischistische Wesen der kapitalistischen Gesellschaft mitsamt ihren ökonomischen Sachzwängen und ihre Gerinnung zur ‚zweiten Natur‘ des Menschen.

Fazit

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die überwiegende sozialwissenschaftliche Kritik an demographischen Diskursen einer ‚gesellschaftlichen Überalterung‘ und einer ‚explodierenden Kostenlast des Alters‘ das tieferliegende Problem und die gesellschaftlichen Ursachen dieser massiv altersfeindlichen Diskurse aufgrund einer Neigung zur Entdramatisierung des demographischen Wandels bereits systematisch verfehlt. Das ist es letztlich auch, was alle referierten Ansätze – bei allen sonstigen Differenzen – gemeinsam haben: die Ausblendung der kapitalistischen Form der Gesellschaft mit ihren spezifischen Struktur- und Sachzwängen, auf deren Grundlage etwas wie der demographische Wandel überhaupt erst als ‚Problem‘ erscheinen und entsprechend diskursiv ‚problematisiert‘ werden kann; all das wiederum auf der Basis einer theoretischen Reduktion von Gesellschaft auf gesellschaftliche Wissensordnungen, Diskurse und ‚soziale Konstruktionen‘ – ein Vorge-

¹⁷ Um dieser fetischistischen ‚Naturalisierung‘ von Gesellschaft gewahr zu werden, braucht im Grunde nur beobachtet zu werden, mit welcher Selbstverständlichkeit in der Öffentlichkeit (und im Übrigen auch bei vielen wissenschaftlichen ‚Entdramatisierern‘ des demographischen Wandels) über die Notwendigkeit von ‚Wirtschaftswachstum‘, ‚Produktivität‘, der Schaffung von ‚Arbeitsplätzen‘, über ‚Finanzmärkte‘, über die Sicherung des ‚Wirtschaftsstandorts‘ und dergleichen gesprochen wird.

¹⁸ Wengleich der demographische Wandel nicht nur als ‚Flut‘ oder ‚Lawine‘ in Erscheinung treten muss, sondern auch anders gerahmt werden kann, z.B. im Sinne eines Erdbebens (vgl. Wallace 1999). Im Mittelpunkt steht aber auch hier eine fetischisierte, naturalisierte gesellschaftliche Ordnung, die aufgrund des demographischen Wandels vom Einsturz bedroht ist, was wiederum als Naturkatastrophe imaginiert wird.

hen, das geradezu typisch ist für den heute dominanten postmodernen Modus des Denkens und der Theoriebildung, für den paradigmatisch poststrukturalistische und dekonstruktivistische Theorieansätze stehen.

Zumindest ansatzweise sollte durch den kritischen Durchgang durch verschiedene in der (kritischen) Sozialwissenschaft verbreitete und praktizierte Ansätze der Kritik an gesellschaftlichen Überalterungsdiskursen plausibel geworden sein, dass (und warum) eine hinreichende und adäquate Kritik an solchen gesellschaftlichen Phänomenen und Tendenzen nur zu haben ist, wenn dabei auch die grundlegenden kapitalistischen Strukturen in den kritischen Fokus rücken, für die der demographische Altersstrukturwandel in der Tat ein sehr reales Problem darstellt, und der daher nicht auf ein bloß diskursives Konstrukt mächtiger Akteure oder dergleichen reduziert werden kann. Für eine umfassende und radikale Kritik an einer zunehmenden ‚Demographisierung des Sozialen‘ und einer Verhandlung des demographischen Wandels als ‚Überalterung‘, so sollte gezeigt werden, führt an einer konsequenten analytischen Berücksichtigung kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen kein Weg vorbei. Und wer dennoch versucht, sich daran vorbei zu mogeln, der mogelt sich am Ende auch am eigentlichen Problem vorbei.

Literatur

Amann, Anton (2004): Die großen Alterslügen. Generationenkrieg, Pflegechaos, Fortschrittsbremse?, Wien.

Amann, Anton u.a. (2010): Sozialprodukt des Alters. Über Produktivitätswahn, Alter und Lebensqualität, Wien.

Arnds, Pascal/Bonin, Holger (2003): Gesamtwirtschaftliche Folgen demographischer Alterungsprozesse, in: Herfurth, Matthias u.a. (Hg.): Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsbeteiligung Älterer, Opladen, S. 131-177.

Barlösius, Eva (2010): Bilder des demografischen Wandels. In: Hartmann, Heinrich/Vogel, Jakob (Hg.): Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt/Main, S. 231-250.

Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hg.) (2007): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden.

Bauernberger, Josef u.a. (2009): Die demografische Entwicklung als Herausforderung für das staatliche Pensionssystem, in: Karl, Beatrix/Poier, Klaus (Hg.): Alter und soziale Gerechtigkeit, Graz, S. 149-155.

Berger, Peter A./Kahlert, Heike (2006): Das „Problem“ des demographischen Wandels, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt/Main, S. 9-26.

Binding, Karl/Hoche, Alfred (2006/1920): Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Mass und ihre Form, Berlin.

Binstock, Robert H. (1983): The aged as scapegoat, in: *The Gerontologist* 23(2), S. 136-143.

Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München.

BMFSFJ (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Alter und Gesellschaft, Berlin.

BMFSFJ (2006) Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen, Berlin.

BMFSFJ (2008): Eckpunkte zur Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“, Berlin.

BMFSFJ (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft, Berlin.

Bogedan, Claudia u.a. (Hg.): Demografischer Wandel als Chance. Erneuerung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen?, Hamburg.

Börsch-Supan, Axel (2009): Gesamtgesellschaftliche Folgen des demographischen Wandels, in: Börsch-Supan, Axel u.a. (Hg.): Produktivität in alternden Gesellschaften. Altern in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart, S. 21-41.

Borscheid, Peter (1989): Geschichte des Alters. Vom Spätmittelalter zum 18. Jahrhundert, München.

Bosbach, Gerd/Bingler, Klaus (2008): Droht eine Kostenlawine im Gesundheitswesen? Demografische Entwicklung und medizinischer Fortschritt, in: *Soziale Sicherheit* 57(1), S. 5-12.

Breyer, Friedrich (2014): Pflege und Gesundheit, in: Masuch, Peter u.a. (Hg.): Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht. Eigenheiten und Zukunft von Sozialpolitik und Sozialrecht, Bd. 1, Berlin, S. 729-749.

Bryant, Thomas (2011): Alterungsangst und Todesgefahr. Der deutsche Demografie-Diskurs (1911-2011), in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61(10-11), S. 40-46.

Dackweiler, Regina-Maria (2006): Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt/Main, S. 81-107.

Denninger, Tina u.a. (2014): Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft, Bielefeld.

Dychtwald, Ken (1999): Age power. How the 21st century will be ruled by the new old, New York.

Ebert, Andreas/Kistler, Ernst (2007): Demographie und Demagogie. Mythen und Fakten zur „demographischen Katastrophe“, in: *Prokla* 37(1), S. 39-59.

Etzemüller, Thomas (2007): Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld.

Foucault, Michel (1983/1976): Sexualität und Wahrheit, Bd. 1: Der Wille zum Wissen, Frankfurt/Main.

Foucault, Michel (1990): Was ist Aufklärung?, in: Erdmann, Eva u.a. (Hg.): Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung, Frankfurt/Main, S. 35-54.

Foucault, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-1976), Frankfurt/Main.

Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität, Bd. 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/Main.

Foucault, Michel (2004b): Geschichte der Gouvernementalität, Bd. 2: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt/Main.

Foucault, Michel (2005): Polemik, Politik und Problematisierungen, in: ders.: Schriften. Dits et Ecrits, Bd. 4, Frankfurt/Main, S. 724-734.

Gronemeyer, Reimer (1989): Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten, Düsseldorf.

Hahn, Susanne (2001): Pflegebedürftige alte Menschen im Nationalsozialismus, in: Kopke, Christoph (Hg): Medizin und Verbrechen, Ulm, S. 131-142.

Heinze, Rolf G. u.a. (2011): Wirtschaftliche Potentiale des Alters, Stuttgart.

Heitzmann, Daniela (2017): Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis, Bielefeld.

Hondrich, Karl Otto (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Frankfurt/Main.

Hummel, Diana (2000): Der Bevölkerungsdiskurs, Opladen.

Hummel, Diana (2006): Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt/Main, S. 27-52.

Kahlert, Heike (2013): Generativität und Geschlecht in alternden Wohlfahrtsgesellschaften. Soziologische Analysen zum „Problem“ des demographischen Wandels, Wiesbaden.

Katz, Stephen (1992): Alarmist demography: Power, knowledge, and the elderly population, in: Journal of Aging Studies 6(3), S. 203-225.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt/Main.

Kohlbacher, Florian/Herstatt, Cornelius (Hg.) (2008): *The silver market phenomenon: Business opportunities in an era of demographic change*, Berlin.

Kohli, Martin (2006): *Aging and justice*, in: Binstock, Robert H./George, Linda K. (Hg.): *Handbook of aging and the social sciences*, 6. Aufl., San Diego, S. 456-478.

Köster, Dietmar (2012): *Thesen zur kritischen Gerontologie aus sozialwissenschaftlicher Sicht*, in: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 45(7), S. 603-607.

Kytir, Josef (2006): *Die demographische Revolution und die Langlebigkeit*, in: Rosenmayr, Leopold/Böhmer, Franz (Hg.): *Hoffnung Alter. Forschung, Theorie, Praxis*, 2. Aufl., Wien, S. 131-144.

Langwieser, Corinna/Wippermann, Peter (2011): *Ageing in place. Lebensqualität im Alter*, Hamburg.

Laslett, Peter (1995): *Das dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns*, Weinheim.

Lehr, Ursula (2011): *Langlebigkeit: Herausforderung und Chance in einer Gesellschaft des langen Lebens*, in: Petzold, Hilarion u.a. (Hg.): *Hochaltrigkeit. Herausforderung für persönliche Lebensführung und biopsychosoziale Arbeit*, Wiesbaden, S. 13-20.

Lessenich, Stephan (2014): *Demographie: Altersstruktur, Mobilität und Multikulturalismus*, in: Lamla, Jörg u.a. (Hg.): *Handbuch der Soziologie*. Konstanz, S. 451-464.

Loenen, Gerbert van (2014): *Das ist doch kein Leben mehr! Warum aktive Sterbehilfe zu Fremdbestimmung führt*, Frankfurt/Main.

Macnicol, John (2006): *Age discrimination. An historical and contemporary analysis*, New York.

Macnicol, John (2015): *Neoliberalising old age*, Cambridge.

Marx, Karl (1971/1857): *Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: MEW, Bd. 13, Berlin, S. 615-641.

Messerschmidt, Reinhard (2015): *Demografischer Wandel als gesellschaftliche Krise – Deutsche Alterungsdiskurse der Gegenwart und die wachsende Kritik an deren Demografisierung und Dramatisierung*, in: Lessenich, Stephan (Hg.): *Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014*, S. 192-209.

Möckli, Silvano (1999): *Die demographische Herausforderung. Chancen und Gefahren einer Gesellschaft lang lebender Menschen*, Bern.

Moody, Harry R./Sasser, Jennifer R. (2015): *Aging. Concepts and controversies*, 8. Aufl., Los Angeles u.a.

Narr, Wolf-Dieter (1994): Wieviel Entwirklichung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung ertragen? – Am Exempel: Zivilgesellschaft. Einige sachliche notwendige polemische Notate, in: *Das Argument* 206, S. 587-598.

Niehaus, Frank (2006): *Alter und steigende Lebenserwartung. Eine Analyse der Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben*, Köln.

OECD (2000): *Reforms for an ageing society*, Paris.

Olshansky, S. Jay u.a. (2016): *Aging. The longevity dividend*, Cold Spring Harbor.

Ortlieb, Claus Peter (2009): Ein Widerspruch von Stoff und Form. Zur Bedeutung der Produktion des relativen Mehrwerts für die finale Krisendynamik, in: *EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft* 9, S. 23-54.

Postone, Moishe (1998): Dekonstruktion als Gesellschaftskritik. Derrida über Marx und die neue Weltordnung, in: *Krisis* 21/22. URL: <http://www.krisis.org/1998/dekonstruktion-als-gesellschaftskritik>, Zugriff: 24.9.2019.

Postone, Moishe (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*, Freiburg.

Pousset, Raimund (2018): *Senizid und Altentötung. Ein überfälliger Diskurs*, Wiesbaden.

Robert Koch Institut (2015): *Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes*, Berlin.

Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2008): Demographisierung: Bewältigungsform von Krisen der „zweiten“ Natur des Menschen?, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Frankfurt/Main, S. 2627-2642.

Schimany, Peter (2003): *Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs*, Frankfurt/Main.

Schirmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*, 9. Aufl., München.

Schröer, Sebastian/Straubhaar, Thomas (2007): Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?, in: Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Wiesbaden, S. 165-183.

Schwentker, Björn/Vaupel, James W. (2011): Eine neue Kultur des Wandels, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61(10-11), S. 3-10.

Strange, Nicholas (2006): *Keine Angst vor Methusalem! Warum wir mit dem Altern unserer Bevölkerung gut leben können*, Springe.

Stückler, Andreas (2016): Schöne neue Alterswelt? Zum ideologischen Charakter des Active Ageing, in: Stöckl, Claudia u.a. (Hg.): Die Gesellschaft des langen Lebens. Soziale und individuelle Herausforderungen, Bielefeld, S. 29-44.

Stückler, Andreas (2017): „Aktives Altern“ und die Krise der Arbeit. Warum die Altersaktivierung die demographische Problematik nicht lösen wird, in: Soziale Probleme 28(1), S. 75-99.

Stückler, Andreas (2019): Dysfunktionale Funktionalität, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft.

Torp, Cornelius (Hg.) (2015): Challenges of aging. Pensions, retirement and generational justice, Basingstoke.

Tremmel, Joerg Chet (2009): A theory of intergenerational justice, London.

Walla, Wolfgang u.a. (2006): Der demographische Wandel. Herausforderung für Politik und Wirtschaft, Stuttgart.

Wallace, Paul (1999): Altersbeben. Wie wir die demografische Erschütterung in Wirtschaft und Gesellschaft meistern werden, Frankfurt/Main.